

Friedrich Faulhammer: „Minister Hahn aktiviert 34 Millionen Euro aus seiner Reserve für Ausnahmesituationen. Das Geld muss in den Hörsälen bei den Studierenden ankommen.“ Der Generalsekretär des Wissenschaftsministeriums über universitäre Ressourcenbündelung, mangelnde Beschäftigungsfähigkeit und unverbindliches Studieren.

Lernrunde und Echtbetrieb

Alexandra Riegler

economy: Sie stehen mit den Universitäten derzeit in Leistungsvereinbarungsverhandlungen. Parallel dazu entsteht der österreichische Hochschulplan, eine Art universitäre Langzeitstrategie. Sind die aktuellen Budgetverhandlungen eine Art Provisorium?

Friedrich Faulhammer: Keineswegs. Die Leistungsvereinbarungen sind eine Konsequenz des Universitätsgesetzes 2002. Darin wurden für die Universitäten dreijährige Globalbudgets festgelegt. Im Gegenzug müssen diese die entsprechenden Leistungen erbringen. Für 2007 bis 2009 ist das geschehen, jetzt verhandeln wir 2010 bis 2012. Weiters haben wir mit den Arbeiten zum österreichischen Hochschulplan begonnen: Es geht um die Abstimmung der Angebote untereinander. Das Projekt soll rechtzeitig zu Beginn der nächsten Leistungsvereinbarungsverhandlungen fertig sein. Wir nehmen uns Zeit, um grundsätzliche Fragen breit zu diskutieren, etwa, welche Erwartungen die Gesellschaft an die Universitäten hat, ob Bildung oder Ausbildung im Vordergrund stehen soll.

Bedeutet „Abstimmung der Angebote untereinander“ Sparmaßnahmen?

Es geht um die Frage, wie wir unsere Ressourcen noch besser einsetzen können. Es gibt sehr gute Beispiele, wie etwa das Projekt Nawi Graz, wo sich die Universität und die TU Graz in den Bereichen Physik, Chemie und Mathematik abstimmen. Ziel ist es, die künftige Schwerpunktsetzung besser zu koordinieren, also welche Universität vermehrt in welchen Bereich investiert. Damit werden beide besser, und der Forschungs-Output steigt.

Wie verbindlich soll der österreichische Hochschulplan sein: eine Diskussionsgrundlage oder mehr?

Ziel ist, dass der breiten Diskussion eine Art Weißbuch für

den österreichischen Hochschulraum folgt, um bei den nächsten Leistungsvereinbarungen konkrete Umsetzungsschritte mit den Universitäten zu verhandeln.

Wie wirken sich die Studentenproteste auf die Budgetverhandlungen mit den Unis aus?

Auswirkungen auf die Gespräche mit den Unis zu ihren jeweiligen Budgets sehe ich keine. Das Budget für die kommenden drei Jahre steht. Diese Mittel gilt es nun sinnvoll einzusetzen. Zusätzlich aktiviert Minister Hahn 34 Mio. Euro aus seiner Reserve für Ausnahmesituationen. Dieses Geld muss in den Hörsälen bei den Studierenden ankommen.

Mit dem Image der Bachelor-Abschlüsse steht es nicht zum Besten. Müssen bessere Studieninhalte oder vielmehr gleiches Geld in der Wirtschaft her?

Sie sprechen ein vielschichtiges Problem an. Der Bachelor ist noch zu wenig weit verbreitet und bekannt. Auch sind die Curricula zum Teil noch nicht so gestaltet, dass der Bachelor-Abschluss den Einstieg ins Berufsleben ebnet. Damit sind wir beim Punkt: Diese Beschäftigungsfähigkeit gilt es zu sichern. Entsprechend ist in der UG-Novelle vorgesehen, dass in jedem Bachelor-Curriculum künftig ein Qualifikationsprofil enthalten sein soll, sodass Studierende und Arbeitnehmer genau über Qualifikationen und Einsatzmöglichkeiten Bescheid wissen. Die Anstellung im öffentlichen Dienst wird uns seit Langem vorgehalten. Tenor: Solange der Bachelor nicht A-wertig ist (die Besoldungsstufe für Akademiker, Anm. d. Red.), wird es auch die Wirtschaft nicht anerkennen. Da müssen wir dranbleiben und entsprechende Schritte setzen.

Die UG-Novelle führt ein den USA ähnliches Tenure-Track-System ein. Erwarten Sie, dass Wissenschaftler nun verstärkt nach Österreich kommen?



„Ich denke, dass das Tenure-Track-System für Wissenschaftler, die sich überlegen, nach Österreich zurückzukehren, durchaus attraktiv sein kann“, meint Friedrich Faulhammer, BMWF. Foto: BMWF

Ja, wir erwarten uns verstärktes Interesse. Bei den planbaren Karrieren gab es in den vergangenen Jahren Unsicherheiten. Ich denke schon, dass das Tenure-Track-System für Wissenschaftler, die sich überlegen, nach Österreich zurückzugehen, durchaus attraktiv sein kann.

Seit Wegfall der Studiengebühren steigen die Studierendenzahlen kräftig an. Ist das Fördersystem für finanziell Schwache weniger treffsicher als angenommen?

Wir müssen die Faktoren, die zur Zunahme geführt haben, genau analysieren. Es ist denkbar, dass eine Rückführung zur Unverbindlichkeit des Studiums erfolgt, wie es vor Einführung der Studienbeiträge der Fall war: dass man automatisch inskribiert und schaut, was passiert. Die Studienbeiträge führten dazu, dass das Studium konsequenter betrieben wird. Die Absolventenzahlen stiegen an,

die durchschnittliche Studienzzeit sank. Es gibt daher Grund zur Annahme, dass die neue Regelung dies konterkariert.

Die Leistungsvereinbarungsverhandlungen war einigen Rektoren zu straff geführt. Ist bis Jahresende wieder alles gut?

Die erste Runde vor drei Jahren war eine „Lernrunde“ – sowohl für die Unis als auch das Ministerium. Diesmal sind wir mit konkreteren Vorstellungen auf die Universitäten zugegangen, haben Forderungen formuliert, und das führte zu einer oder anderen Aufregung auf Rektoreseite. Wir haben die Verhandlungen mit einem Großteil der Universitäten bereits abgeschlossen, und ich glaube, dass wir mit den anderen auf gutem Weg sind, zu einem Abschluss zu kommen. Wir haben substanziell mehr Geld für die Universitäten zur Verfügung – ein Plus von 17 Prozent in den kommenden drei Jahren – das

gilt es nun effizient einzusetzen.

Sie sagen, dass die Unis eine Leistungssteigerung vollzogen haben. Worin besteht diese?

Die Universitäten sind dazu übergegangen, forschungsstarke Persönlichkeiten, die auch Auslandserfahrung gesammelt haben, zu berufen. Das ist ein neuer Zugang, der sich auch darin begründet, dass wir bei den Leistungsvereinbarungen eine steigende Publikationszahl einfordern. Dafür brauchen wir noch mehr Wissenschaftler. Denn klares Ziel ist es auch, sich bei der Lehre künftig noch stärker an internationalen Standards zu orientieren.

Was halten Sie von einem Bildungsvolksbegehren?

Mir geht es in erster Linie um eine breite Diskussion und Maßnahmen, um die Qualität an Unis und Fachhochschulen weiter zu steigern. Das Instrument ist dabei zweitrangig.